



Einfach gemacht!

Xenophob, elitenkritisch, antiwissenschaftlich: Die Programme des politischen Populismus kommen Zivilisationsbrüchen gleich – das Immunsystem von Demokratie und Gesellschaft ist existenziell herausgefordert / Von rhetorischen Figuren und Logiken populistischer Bewegungen

Today's ceremony, however, has very special meaning. Because today we are not merely transferring power from one administration to another, or from one party to another – but we are transferring power from Washington, D.C., and giving it back to you, the American People.“

Dies sind der siebte und achte Satz aus Donald Trumps Inaugurationsrede vom 20. Januar dieses Jahres. Es sind die ersten Sätze nach den wirklich unvermeidlichen Begrüßungen anwesender Amtsträger – und es sind Sätze, die das,

was man Populismus nennt, wie in einem Brennglas zum Ausdruck bringen. Zweifelsohne gehören zum politischen Populismus die Tendenz zur Vereinfachung von Lösungen komplexer Probleme, auch die Leugnung gesicherten Wissens und ein flexibles Verhältnis zu Tatsachen. Aber all das gibt es auch in Politikformen, die nicht als populistisch angesehen werden. Was den Populismus vor allem ausmacht, ist die Annahme eines homogenen kollektiven Adressaten, dessen Homogenität hauptsächlich darin besteht, dass ihm ein eigentlicher,

ein wahrer, ein authentischer Wille unterstellt wird – wohlgemerkt: ein authentischer Wille.

Das Perfide an dieser Figur ist, dass sie auf den ersten Blick als geradezu radikaldemokratische Form erscheint. Trumps Inaugurationsrede hat – die Repräsentanten der wichtigsten Verfassungsorgane der Vereinigten Staaten von Amerika im Rücken – das Volk, the American People, als Adressaten gewählt und insinuiert, die Macht sei längst vom Souverän zu jenen Repräsentanten ausgewandert, die nur ihre eigenen Interessen, nicht aber die

Siegerpose? Kampfgeistes? Der neue US-Präsident Donald Trump nach seiner Inaugurationsrede am 20. Januar 2017 in Washington, D.C. Unten: Ebenfalls im Januar 2017 – Demonstration im Schatten des Kölner Domes.

des authentischen Volkswillens im Blick hätten. Der Populismus, wie wir ihn derzeit in vor allem rechtsgerichteten Politikprogrammen in vielen west- und osteuropäischen Ländern, aber eben auch in den USA beobachten können, ist antidemokratisch im Gewande radikal-demokratischer Semantiken. Denn was könnte demokratischer sein, als die Macht dem Volk selbst zu übertragen, was demokratischer als die alte elitenkritische Attitüde der Volkssouveränität gegen die republikanische Monarchie der Amtsträger auszuspielen?

Moderne demokratische politische Systeme zeichnen sich dadurch aus, dass sie den Souverän nur repräsentieren – und im Mechanismus einer institutionalisierten parlamentarischen Opposition die innere Pluralität und Uneinheitlichkeit des Souveräns zum Ausdruck bringen.

Der Souverän ist kein Subjekt! Die Ausdifferenzierung politischer Systeme hat stets darauf reagiert, dass sich mit komplexer werdenden Gesellschaften Herrschaft zwar auf den Willen des Volkes zu stützen habe. Dieser Wille ist aber eher das Konstrukt eines demokratischen Verfahrens als ein immer schon gültiger authentischer Wille. Populismus im Wortsinne wäre dann also ein politischer Anspruch, diesen Willen des Volkes gegen das politische System und seine Gewaltenteilung in Stellung zu bringen.

Populismus dieser Art ist nicht neu – er hat die Entstehung demokratischer politischer Systeme stets begleitet. Es ist ein zugleich modernes und antimodernes Motiv, das an der Differenziertheit der Moderne, an ihren Entzweigungen, wie es bei Hegel heißt, zu leiden vorgab und bewegungsfähige Formen einer kollektiven Souveränität vermisste. Das Versprechen der Volkssouveränität wollte eine Subjektivität in Anspruch nehmen, die bruchlos einen authentischen Willen durchsetzen wollte. Wer die heutige Situation verstehen will, sei

Der Autor:



Armin Nassehi, geboren 1960 in Tübingen, aufgewachsen in München, Landshut, Teheran und Gelsenkirchen, ist seit 1998 Professor für Soziologie an der LMU München. Nassehi hat Erziehungswissenschaft, Philosophie und Soziologie in Münster und Hagen studiert, wurde 1992 in Münster promoviert („Die Zeit der Gesellschaft“), wo er sich 1994 auch habilitierte. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der Kultursociologie, der Politischen Soziologie, der Religionssoziologie sowie der Wissens- und Wissenschaftssoziologie. Neben der Weiterentwicklung soziologischer System- und Praxistheorie forscht Nassehi – auch in DFG-geförderten Projekten – auf dem Gebiet der empirischen Ethikforschung. Seit 2016 ist er Mitglied im Fachkollegium „Soziologische Theorie“ der DFG. Über seine akademische Tätigkeit hinaus ist er öffentlich und publizistisch vielfach engagiert, nicht zuletzt seit 2012 als Herausgeber des KURSBUCHS, und auch ein gefragter Interviewpartner und Podiumsgast.



an die klassische Liberalismus-Kritik eines Carl Schmitt erinnert. Schmitt hat schon in den 1930er-Jahren den Liberalismus vor allem als eine Ideologie der Schwäche kritisiert. Das parlamentarische Abwägen, die Gewaltenteilung, der Vorrang des Rechts vor der Macht und nicht zuletzt der Streit um Interessen führe geradezu zu einer Entpolitisierung und Neutralisierung staatlichen Handelns, das eine wirklich gefolgschaftsfähige Politik kleinarbeit und geradezu unmöglich mache. Erst das Schema von Freund und Feind könne die Gesellschaft politisieren. Erst der Dezisionismus der Tat könne vor der relativierenden Kraft des Erörterns und des Argumentierens schützen.

Populismus ist Dezisionismus. Entscheidungen sind deshalb authentische Akte, weil sie stets mit einem Moment Nicht-Wissen, mit einem Moment Unsicherheit, mit einem Quantum Freiheit ausgestattet sind. Wenn ich weiß, was ich tun muss, muss ich nicht entscheiden – und wenn nur das als Entscheidung gelten soll, was sich einem komplizierten, kompromiss-

gestützten, gewaltenteilenden Verfahren unterworfen hat, dann ist die Entscheidung von einem gewollten Willen geradezu abgekoppelt. Erst der Dezisionist kann diesen Willen repräsentieren – er kann seinen Willen gegen Widerstände durchsetzen. Und seine Legitimation besteht darin, dass er es kann. Der Populist braucht deshalb auch keine guten Gründe, sondern nur gute Gelegenheiten. Er lebt eher vom Kairos der Situation als vom Chronos einer abwägenden Strategie.

„Die Lüge wirkt nur, weil man sie vergleichsweise frei von Konsequenzen behaupten kann – dezisionistisch eben.“

Gerne wird dem Populisten eine Tendenz zur Lüge unterstellt – nicht zu unrecht. Aber die Lüge ist für den Populisten nicht um ihres Wahrheitsgehalts willen relevant. An der Lüge, an der ungedeckten Behauptung, an der offensichtlichen Tatsachenverfälschung zeigt sich seine dezisionistische Macht. Wenn die AfD eine Islamisierung unseres Landes behauptet, wenn die Brexit-

Kampagne das Fantasma einer europäischen Kolonialisierung Großbritanniens insinuiert oder wenn Donald Trump den Klimawandel für eine Erfindung oder Impfungen für schädlich hält, dann geht es nicht darum, dass diese Sätze offenkundig falsch sind. Man würde die politische Lüge unterschätzen, wenn man inhaltlich gegen sie argumentieren könnte. Die Lüge wirkt nur, weil man sie vergleichsweise frei von Konsequenzen behaupten kann – dezisionistisch eben.

Das führt zu einem weiteren Charakteristikum des Populismus, zum Vorrang der Oralität vor der Schriftlichkeit nämlich. Starke Wahrheitsansprüche – politisch, wissenschaftlich, kulturell, auch religiös – sind ein Korrelat der Schrift- und Buchkultur. Erst die Schrift und der Buchdruck ermöglichen eine zeitliche und soziale Trennung von Sinnproduktion und Sinnrezeption. Erst wenn ein Satz in Schriftform vorliegt, macht er einen Wahrheitsanspruch geltend – eben weil man ihn überprüfen kann. Der Populismus setzt eher auf das gesprochene Wort, auf die Sprachtat, auf die gegenwartsbasierte Form der mündlichen Kommunikation, die sofort wieder verschwindet, sobald sie ausgesprochen wurde. Hier fällt die Lüge nicht im Hinblick auf ihren Wahrheitsgehalt auf, sondern im Hinblick auf ihre performative Funktion. Und diese Funktion lautet: Ich kann es sagen, und ihr könnt nichts dagegen tun, weil das Publikum mir glaubt!

„Fake News“ ist zu einem politischen Kampfbegriff geworden. Das Phänomen dahinter hat es schon immer gegeben, aber für Populisten scheint die Tatsachenverfälschung eine Strategie zu sein.



Foto: Fotolia/Marc2811



Vielsagendes Mienenspiel (v.l.): Geert Wilders, Partij voor de Vrijheid, Frauke Petry, AfD, und Marine Le Pen, Front National, bei einer Pressekonferenz anlässlich des Kongresses „Europa der Nationen und der Freiheit“ in Koblenz.

Die Politikprogramme des Populismus sind von ihrem konkreten politischen Gehalt her Zivilisationsbrüche – denkt man an die xenophoben, elitenkritischen, antiwissenschaftlichen Affekte, an die Kritik an der Presse oder an Kunst und Kultur. Noch entscheidender ist aber die performative, die praktische Dimension des Populismus, der sich jenen Mechanismen zu entziehen sucht, die für moderne Gesellschaften charakteristisch sind: Gewaltenteilung, Differenziertheit, Perspektivendifferenz, Pluralismus, nicht zuletzt die Vorläufigkeit von Lösungen.

Machen wir uns nichts vor: Politische Rhetorik lebt von der Zuspitzung, sie lebt davon, die Dinge einfacher darzustellen, als sie sind. Ein Moment Populismus ist ihr geradezu inhärent – aber das Maß wird überschritten, sobald sie die Authentizität des Volkswillens tatsächlich gegen die Routinen des politischen Institutionengefüges durchzusetzen beginnt. Wir haben bis vor Kurzem noch darunter ge-

litten, wie schwierig, wie fast unmöglich es ist, diese Gesellschaft zu verändern, in ihr Wirkungen zu erzielen, obwohl wir wissen, was zu tun ist – ob es um die soziale Ungleichheit geht, um gesunde Lebensführung, den Klimawandel oder angemessene Bildungsprogramme. Es ist eine der Grunderfahrungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, wie widerständig sich die Gesellschaft für Wissen, für Erkenntnisse, für die Umsetzung von gut begründeten Programmen macht, als gebe es so etwas wie ein gesellschaftliches Immunsystem gegen Veränderung.

Diese Gemengelage hat sich erstaunlich umgekehrt. Was wir vor Kurzem noch beklagt haben, ist nun das, worauf zu hoffen ist. Wenn es ein Gegenmittel gegen populistische Politikprogramme gibt, dann ist es exakt jenes Immunsystem, das wie ein Malmwerk den direkten Zugriff auf das gesamte politische System und erst recht auf die Gesellschaft erschwert. Zum Prinzip der Moderne gehört, dass niemand „durchregieren“ kann

und dass die Gesellschaft Unterbrechungen einbaut – Unterbrechungen etwa in dem Sinne, dass es keinen direkten Zugriff politischer Entscheidungen auf das konkrete Leben der Menschen gibt. Wen wir lieben, wie und ob wir an die Götter glauben, was den Sinn unseres Lebens ausmacht, wird nicht politisch entschieden. Auch nicht, wo wir investieren, was wissenschaftlich wahr ist oder wie man gerichtlich entscheidet. All diese Dinge bedingen sich irgendwie gegenseitig, aber es gibt keinen wirklichen Zugriff vom einen auf das andere. Das macht die moderne Gesellschaft so unübersichtlich, so wenig steuerbar, stattdessen sie mit so viel Eigensinn aus, dass man manchmal verzweifeln will. Aber es ist auch der wirksamste Schutz gegen diejenigen, die sich anmaßen, für ein Ganzes zu sprechen, das es in dieser Form nicht gibt.

Sollte der politische Populismus, wie wir ihn derzeit an ganz unterschiedlichen Stellen erleben, einen positiven Sinn haben, dann ist es vielleicht der, dass wir uns wieder bewusster darüber werden, wie wertvoll jene Institutionen, Unterbrechungen, jenes Anstrengende und manchmal schwer Erträgliche der modernen Gesellschaft ist. Es wäre jedenfalls eine erstaunliche List der historischen Vernunft, wenn uns Trump & Co. wenigstens dabei helfen, den Blick zu schärfen – was bekanntlich die vornehmste Aufgabe der wissenschaftlichen Zunft ist.

Prof. Dr. Armin Nassehi

Adresse: Institut für Soziologie, Ludwig-Maximilians-Universität München, Konradstr. 6, 80801 München

Die letzte Stunde der Wahrheit, Hamburg: Murmann Verlag 2015; Neuausgabe 2017, 20 Euro

